

# Die Betrogenen

**RUHESTAND** Etwa 500.000 Reichsbahnern, Postlern und anderen werden seit über 30 Jahren Rentenansprüche aus DDR-Zeiten verweigert. Auch Siegfried Schröter aus Weißenfels fühlt sich verraten. Jetzt soll eine Lösung kommen - und alle protestieren.



DDR-Zusatzrentner fühlen sich verraten und verkauft: Bis heute warten einige Berufsgruppen vergebens auf zusätzliche Zahlungen, die ihnen zu DDR-Zeiten versprochen worden waren.

FOTOS: DPA

VON LISA GARN

Siegfried Schröter wirkt aufgeregt. Sie spricht schnell, erinnert sich an viele Details, zwischendurch gießt sie Tee ein. Die 73-jährige Weißenfelerin trägt einen auffällig glitzernden Pullover, als ob noch einmal alles voll ausgeleuchtet werden soll: ihr Leben und ihre Wut. Hinter ihr hängt ein Foto an der Wand. Ein junges Mädchen lächelt in die Kamera. „Das war die Hochzeit meiner Schwester. Da war ich 16 Jahre alt.“ Damals stand sie kurz vor der Lehre zur Krankenschwester. Insgesamt 47 Jahre hat

den die zusätzlichen Ansprüche oft gekürzt oder gestrichen. In der Eile der Überleitung ins westdeutsche Rentenrecht wurden manche Gruppen ganz vergessen. Über 30 Jahre nach der Einheit will die Bundesregierung das Problem nun mit einem Härtefallfonds lösen. Rentner sollen mit einer Einmalzahlung abgefunden werden, aber nur jene, deren Bezüge nah am Hartz-IV-Satz liegen. Der Fonds soll noch in diesem Jahr aufgelegt werden: 500 Millionen Euro will der Bund zahlen, die Länder sollen auf eine Milliarde Euro aufstocken.

Für Betroffene und Ostländer sind die Pläne ein Affront. „Die meisten Rentner haben lange gearbeitet, sie leben nicht am Existenzminimum. Von diesem Fonds profitiert nur ein Bruchteil“, sagt Klaus-Dieter Weißenborn aus Halle. Er ist Sprecher des Runden Tisches Rentengerechtigkeit, einer Vereinigung von neun Personen- und Berufsgruppen. Laut eigenen Angaben vertritt er die Interessen von über 500.000 Ostrentnern. Fast die Hälfte davon sind zu DDR-Zeiten geschiedene Frauen, die keine Rentenpunkte für gemeinsame Ehejahre bekommen. Zudem geht es um zehntausende Beschäftigte von Bahn und Post, um Krankenschwestern, Naturwissenschaftler und bildende Künstler. „Der Fonds löst gar nichts: Die Lebensleistung dieser Menschen wird weiter nicht anerkannt“, sagt Weißenborn. „Es fehlen der Mut und der politische Wille, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.“

Auch Schröter zahlte zehn Jahre in eine betriebliche Zusatzrente ein. Die Krankenschwester hatte sich zur Radiologieassistentin weitergebildet, wurde Abteilungsleiterin in der Weißenfeler Poliklinik. „Mir war immer wichtig, beruflich weiterzukommen. Der Arbeit habe ich vieles untergeordnet, auch mein Privatleben.“ Die Weißenfelerin war nie verheiratet, hat keine Kinder. Als Leiterin verdiente sie etwa 600 Ostmark brutto, das war wenig. Um medizinisches Personal oder auch Mitarbeiter der Bahn und Post zu halten, versprachen die Betriebe satte Aufschläge bei den Renten. 26 Jah-

re hatte Schröter bis zur Wende gearbeitet, danach beriet sie nach einer Umschulung Suchtkranke.

2012 ging sie in Rente. Als sie ihren Rentenbescheid in den Händen hielt, packte sie die Wut. „Das ist ethisch-moralischer Sozialbetrug“, sagt sie und wird plötzlich laut. „Weil es bis heute keine Lösung gibt, schon so viele Jahre nicht.“ Es geht um etwa 150 Euro zusätzliche Rente im Monat, vielleicht auch etwas mehr. Es ist für sie die finanzielle Anerkennung dafür, dass auch sie etwas mit ihrem Leben angefangen hat. Und es würde ihr den Alltag finanziell leichter machen. „Es ist mit dieser

Rente nicht möglich, allen Lebenshaltungskosten gerecht zu werden.“ Ihr verstorbener Kater war schwer krank, die Medikamente waren teuer. „Selbst ein Tier ist Luxus. Und dafür habe ich mein Leben lang gearbeitet?“

Tausende hatten seit den 90er Jahren versucht einzuklagen, was ihnen die DDR versprochen hatte. Einige Gruppen haben Recht bekommen, andere zogen sogar bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und scheiterten. Für manche gibt es Lösungen: Unter anderem Lehrer, Ingenieure, Wissenschaftler und Ärzte erhalten ihre Zusatzren-

ten. Sozialrechtlich sind das Sonderfälle: Die Kosten trägt nicht die Rentenversicherung, sondern sie werden je zur Hälfte von Bund und Ost-Bundesländern aufgebracht. Die Sonderrenten für Angehörige von NVA, Volkspolizei und Stasi zahlen die Länder allein. Die Steigerungen sind immens: 1992 zahlten die Länder noch 800 Millionen Euro, in diesem Jahr sind es 2,6 Milliarden Euro. Sachsen-Anhalt zahlt 2022 gut 400 Millionen Euro.

Für die anderen Gruppen der DDR-Zusatzrentner, die bisher leer ausgehen, hofft der Runde Tisch nicht mehr auf einen vollständigen Ausgleich. Stattdessen fordern Weißenborn und Mitstreiter einen Gerechtigkeitsfonds. Aus ihm sollen Abfindungen gezahlt werden - für alle und gestaffelt nach der Dauer von Ansprüchen. „Es ist die letzte Chance, um das Problem ein für alle Mal zu lösen. Es geht um soziale Gerechtigkeit nach über 30 Jahren Wiedervereinigung“, sagt Weißenborn.

Im Schnitt geht es um 10.000 Euro pro Person. Etwa vier Milliarden Euro, so schätzt die Interessenvereinigung, würde das kosten. In der Pflicht sei vor allem der Bund. Für viele ist es das letzte Gefecht um eine Wiedergutmachung alter Schuld. „Nach so vielen verlorenen Jahren geht es nur noch um eine Entschädigung“, meint Günter Neubert aus Halle. Der 83-Jährige vertritt am Runden Tisch die Postmitarbeiter. Er hat über 40 Jahre in der Fernmelde-technik gearbeitet. Über seine eigene Rente will er nicht sprechen, stattdessen führt er das Beispiel einer Telefonistin an. Nach 40 Arbeitsjahren erhalte sie etwas über 1.000 Euro Rente im Monat. Bekäme sie die Zusatzrente, wären die Bezüge um etwa 200 Euro höher. „Wenn sie vor 20 Jahren in den Ruhestand gegangen ist, wurden ihr jedes Jahr also 2.400 Euro vorenthalten, seit Rentenbeginn also zirka 50.000 Euro“, sagt Neubert. „Eine einmalige Zahlung über den Gerechtigkeitsfonds begleicht da zwar nur einen kleinen Teil, aber sie würde die Situation befrieden.“ Mit einem Härtefallfonds bekäme die Kollegin nichts.

„Über uns Ostrentner wurden Milliarden eingespart. Jetzt ist es Zeit, etwas zurückzuzahlen“, erklärt Neubert.

Doch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales lehnt eine andere Lösung ab. „Die Vorgabe der Grundsicherungsnahe war ausdrücklich Gegenstand des Koalitionsvertrages und ist mit einem Gerechtigkeitsfonds nicht vereinbar“, sagt eine Sprecherin auf MZ-Anfrage. Das Ministerium strebe die „zügige Umsetzung des Härtefallfonds mit den Ländern an“. Die Gespräche dazu laufen. Deshalb seien Details unklar, etwa zu Zahlungssummen oder zur Anzahl der Berechtigten. Im Jahr 2019 war die Rede von 15.000 bis 20.000 Euro pro Person.

## Haseloff: Keine Beteiligung

Doch die Ostländer wollen sich an einer Finanzierung nicht beteiligen. „Rentenrecht ist Bundesrecht“, sagt Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) der MZ. „Die finanzschwachen Ostländer tragen bei den DDR-Zusatzrenten ohnehin schon zu hohe Lasten. Sie dürfen nicht weiter überproportional belastet werden, um Konstruktionsfehler im Einigungsvertrag zu korrigieren.“ Grundsätzlich sei ein Härtefallfonds zu begrüßen, Haseloff fordert jedoch zusätzlich einen Gerechtigkeitsfonds. „Bestimmte Berufsgruppen, wie die technische Intelligenz und freie bildende Künstler dürfen nicht erneut unberücksichtigt bleiben.“ Im Juni treffen sich die Ministerpräsidenten der Ostländer, dort sollen auch die DDR-Zusatzrenten thematisiert werden. „Wir müssen diesen gordischen Knoten lösen - das Thema ist nicht ewig diskutierbar“, so Haseloff.

Siegfried Schröter aus Weißenfels arbeitet seit 2020 wieder. Sie verdient sich in einem Medizinischen Versorgungszentrum stundenweise etwas dazu. Ob es für sie und die anderen Betroffenen je die erhoffte Gerechtigkeit geben wird, ist nicht absehbar. „Ich habe das Gefühl, dass die Politik auf eine biologische Lösung wartet“, konsterniert sie. Viele Betroffene sind über 80 Jahre alt. Ihnen läuft die Zeit davon.



„Mit einem Härtefallfonds gehen die meisten leer aus.“

Klaus-Dieter Weißenborn

Runder Tisch Rentengerechtigkeit

FOTO: TV HALLE

sie bis zur Rente voll gearbeitet. Doch im Ruhestand ist sie nicht. Sie arbeitet noch, weil die Rente nicht reicht. Etwa 1.300 Euro hat Schröter im Monat, das hört sich nicht wenig an. „Es ist aber nicht das, was mir zusteht.“

## Bund will Härtefallfonds

Schröter gehört zu Hunderttausenden in Ostdeutschland, die sich um Ruhestandsbezüge betrogen fühlen. Für sie gab es zu DDR-Zeiten ein weit verzweigtes System an Zusatz- und Sonderrenten. Doch nach der Wiedervereinigung wur-

## Altersrenten nach Bundesländern

Bruttorente 2020 abzüglich Beiträge zu Pflege- und Krankenversicherung  
Angaben in Euro

Bundesland	Durchschnittliche Bruttorente	Bruttorente Männer	Bruttorente Frauen
Saarland	1.598	1.742	1.220
Nordrhein-Westfalen	1.572	1.752	1.236
Hamburg	1.536	1.700	1.312
Hessen	1.525	1.685	1.240
Baden-Württemberg	1.519	1.722	1.206
Berlin-Ost	1.509	1.616	1.398
Rheinland-Pfalz	1.493	1.642	1.190
Schleswig-Holstein	1.486	1.640	1.212
Niedersachsen	1.473	1.629	1.181
Bremen	1.470	1.630	1.208
Bayern	1.455	1.624	1.190
Berlin-West	1.427	1.579	1.267
Brandenburg	1.395	1.511	1.273
Sachsen	1.358	1.494	1.222
Mecklenburg-Vorpommern	1.357	1.453	1.254
Sachsen-Anhalt	1.347	1.473	1.219
Thüringen	1.340	1.465	1.213

QUELLE: DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG BUND | GRAFIK: MZ/BÜTTNER

## Höhere Renten

In der DDR gab es etliche Zusatzversorgungssysteme (für bestimmte Berufsgruppen) und vier Sonderversorgungssysteme (NVA, Polizei, Zoll, Stasi). Per Gesetz war geregelt, wer im Alter höhere Renten erhält. Nicht zu verwechseln sind sie mit dem System der Freiwilligen Zusatzrente.

Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik wurde 1991 das DDR-Rentenrecht in bundesdeut-

liches Recht überführt. DDR-spezifische Rentenelemente wurden - anders als im Einigungsvertrag zugesichert - nicht ins bundesdeutsche Versicherungsrecht übernommen, sondern modifiziert oder gestrichen.

Zu den betroffenen Gruppen gehören auch Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge oder Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion.